

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 25 Pf., vierteljährlich 1,00 RM., einjährlich 3,50 RM. In den Reichstagsferien monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 1,02 RM. ausschließlich Postgebühr. Einzelnnummer 10 Pf.

Anzeigenspreise:  
Die gespaltene Beitzelle 25 Pf., für auswärts 30 Pf., die gespaltene Reklamizelle 50 Pf., Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 10

Danzig, Sonnabend den 10. März 1917

8. Jahrgang

### Das Problem unseres Vaterlandes

Von Edward Dastb, M. d. R.

„Die Frage der Bevölkerungspolitik wurde in der Kommission als das Problem unseres Vaterlandes bezeichnet.“ Dieser Satz, den der konservative Abgeordnete v. d. Osten im preußischen Abgeordnetenhaus bei der mündlichen Beratung des Medizinalwesens aussprach, könnte als erfreuliches Zeugnis wachsender Einsicht bezeichnet werden, wenn die Entschlußkraft zu entsprechenden Taten dahinter stünde. Davon war in jenen Verhandlungen aber noch recht wenig zu merken.

Die erste Aufgabe einer wirksamen Bevölkerungspolitik ist die Erhaltung der einmal Geborenen. Kampf gegen den Frühtod auf der ganzen Linie, durch Schaffung gesunder Lebensverhältnisse für alle Schichten der Gesellschaft; insonderheit durch Ausbau der Sozialpolitik, des Arbeiter-, Frauen- und Kinderschutzes, ganz besonders auch durch Mutterschutz und Säuglingsfürsorge — das muß die Lösung sein.

Man braucht diese Dinge nur zu nennen, um zu wissen, daß es vor dem Kriege gerade die konservativen Kreise waren, die sich der Durchsetzung einer solchen, auf Menschenökonomie stützenden Bevölkerungspolitik in den Weg stellten. Es sei nur an den verbliebenen Widerstand erinnert, den die Konservativen und ihr agrarischer Anhang bei Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 dem weiteren Ausbau der Wochenhilfe entgegensetzten. Am bezeichnendsten für den Geist, der jene Herren befehle, war der zwischen der zweiten und dritten Lesung eingebrachte Antrag Schulz (Bromberg) und Genossen, der die Pflichtdauer der Wochenhilfe für die Landkrankenklassen von acht auf vier Wochen herabsetzte! Sellen haben sich Geldbeutelinteressen in so abstoßender Weise gegen das „Problem unseres Vaterlandes“ versündigt, wie damals.

Erst unter dem Druck des Krieges fand man sich bereit, die Wochenhilfe im Sinne der sozialdemokratischen Anträge zu erweitern, die 1911 als zu „kostspielig“ abgelehnt worden waren. Aber auch heute, wo wir neben dem ungeheuren Verlust an lebenskräftigen Männern auch noch einen jährlichen Geburtenausfall infolge der Kriegsverhältnisse von 20 bis 25 Prozent der Friedenszahl zu verzeichnen haben, hüten gewisse Herren sofort zurück, wenn es sich um bevölkerungspolitische Dinge handelt, die etwas kosten. Ueber den fortschrittlichen Antrag, der die Kriegswochenhilfe als Regelleistung auch für die Friedenszeit festgelegt wissen wollte, berichtete Herr von der Osten: Seitens der Regierung wurden diesen Gedanken Bedenken geltend gemacht, weil seine finanzielle Tragweite nicht zu übersehen sei. — Man sieht, der alte „preußische Geist“ lebt noch.

Ja, wenn man das bevölkerungspolitische Problem ohne ernsthafte Opfer für den eigenen Geldbeutel lösen könnte, dann hätten es die Beherrscher des heiligen Landtags längst gelöst. An schönen Mahnungen und strengen Moralpredigten an die Adresse der anderen haben sie uns nie fehlen lassen. Auch jetzt waren die Verhandlungen erfüllt davon. Auch der Redner des Zentrums, der 1911 jenen die Wochenhilfe der Landkrankenklassen verschlechternden Antrag mitunterzeichnet hatte, leistete darin natürlich erkleckliches. Er wählte dabei den schönen Satz: „Wir dürfen den heiligen Mutterboden der Ehe nicht verlassen.“

Jawohl, die Ehe — das ist in der Tat eine Kardinalfrage bei der ganzen Sache; oder sagen wir lieber: eine Hauptfrage, da die Kardinalen ja bekanntlich die Auffassung vertreten: heiraat sei gut, aber nicht heiraaten sei besser. Die rechtzeitig geschlossene, glückliche Ehe ist zweifellos das beste Mittel gegen geschlechtliche Verlehr, die gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten mit all ihren verhängnisvollen Folgen für einen gesunden Nachwuchs. Alle Bemühungen um die zweite, positive Seite der Bevölkerungspolitik, die Sicherung einer ausreichenden Geburtenzahl, haben hier einzusetzen. Unserer Jungmannschaft müßte die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig — das heißt etwa so früh wie die preußischen Prinzen — einen Hausstand begründen, Kinder erzeugen und anständig aufziehen zu können. Darauf wies der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Haenisch, mit Recht hin.

Aber wie sieht es heute damit aus? Die Unmöglichkeit, eine Existenz zu erlangen, die sicher genug ist und ausreicht, um Frau und Kinder zu ernähren, um eine einigermaßen zureichende Wohnung zu bezahlen und die schwere Belastung der Erziehungs- und Berufsausbildungskosten zu tragen, zwingt heute hunderttausende von jungen Leuten, bis in das vierte Jahrzehnt ihres Lebens hinein auf Ehe, Häuslichkeit und Nachkommenschaft zu verzichten. Diese aufgezwungene Ehelosigkeit in den Jahren höchster Lebens- und Geschlechtskraft ist ein schwerer Krebsgeschwür, der am Marke unseres Volkstums zehrt und seiner Fortpflanzung den schärfsten physischen und sittlichen Abbruch tut. Aber noch hätte der erste

Schritt seitens des Staates selbst zu geschehen, seinen eigenen jungen Angestellten die rechtzeitige Eheschließung zu erleichtern! Das Gegenstück geschieht.

Und wie halten es die bevorrechteten landsässigen Herrschaften mit dieser Forderung? Der „Deutschen Tageszeitung“ hat der Satz von dem „heiligen Mutterboden der Ehe“ so gut gefallen, daß sie ihn gesperrt in ihrer Besprechung der Landtagsverhandlungen wiederholt. Nun drehe man mal dieses brave Zeitungsblatt um. Die Rückseite ist angefüllt mit Anzeigen offener Stellen, und da findet man auf der einen Seite nicht weniger als 19 Inserate, in denen Inspektoren und sonstige Gutsbeamte mit der Bedingung „unverheiratet“ gesucht werden. In einem davon wird freilich gnädigst erklärt, daß bei Bewährung „spätere evtl. Verheiratung“ gestattet werden soll. Es handelt sich bei all diesen Besuchen fast ausschließlich um leitende Beamte, also gelehrte und erfahrene Leute, die ihren Lebensberuf wohl ausfüllen. Auch an einem Inserat fehlt es nicht, in dem ein Beamter zur alleinigen selbständigen Verwaltung eines Rittergutes gesucht wird, der „verheiratet (ohne Kinder!)“ sein soll.

Draufschier kann der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in Sachen des „heiligen Mutterbodens der Ehe“ gar nicht illustriert werden, als es hier in der „Deutschen Tageszeitung“ geschieht. Auf der Vorderseite brechen die konservativen Bevölkerungspolitiker ihre Lanzen für die „Sittlichkeit des Volkes“ und auf der Rückseite bauen sie ruhig ihre Inseratenplantage an, in der der unverheiratete oder mindestens kinderlose Gutsbeamte Trumpf ist. Der ist natürlich billiger zu haben als der verheiratete, und wer kann denn einem Gutsherrn zumuten, seine Angestellten aus sozialem Pflichtbewußtsein so zu bezahlen, daß sie ein Familienleben führen und Kinder aufziehen können.

Eine der ersten gesetzgeberischen Bestimmungen, die zum Schutz der Ehe und Familienhaltung nötig wäre, wäre das Verbot aller Arbeits- und Angestelltenverträge, die dem Arbeitnehmer den Zwang zur Ehelosigkeit auferlegen. Solche Verträge sind nicht nur unzulässige Eingriffe in das persönliche Selbstbestimmungsrecht des einzelnen, sie stehen auch in schroffem Gegensatz zu dem Interesse des Volksganzen.

Inserate wie die erwähnten, gehören auch noch aus einem anderen Grunde zu den „unsittlichen Anzeigen“ im wahrsten und schlimmsten Sinne des Wortes. Der zur Ehelosigkeit verurteilte Gutsbeamte braucht natürlich mit der Bedingung des Nichtheiratats kein Keuschheitsgelübde zu verbinden. Das verlangt in der Praxis nicht einmal die Herren im preußischen Abgeordnetenhaus, die die Worte des Ministerialdirektors Dr. Kirchner über die sittliche Notwendigkeit der geschlechtlichen Enthaltensamkeit bis zum Eintritt in die Ehe mit ihrer „Sehr gut!“ auszeichneten. Sie wissen alle, was ihnen der Gutsbeamte auf ein solches „weltfremdes Ansinnen“ antworten würde. Nur der Umstand, daß der Zwang des Unverheiratetseins gemildert wird durch günstige Gelegenheiten und nachsichtige Beurteilung allerseits, macht solche Verträge überhaupt möglich.

Mit diesen Dingen hängt eng zusammen das Kapitel der unehelichen Geburten, über das die Herren im Abgeordnetenhaus ja auch gesprochen haben. Es ist bekannt, welche Summe von Jammer und Elend es unschließt. Von den 183 977 im Jahre 1913 im Deutschen Reich außerehelich Geborenen starben vor Vollendung des ersten Lebensjahres 41 924, das sind 23,7 Prozent. Von den ehelich geborenen Säuglingen raffte der Tod nur 14,2 Prozent wieder fort. Auch das ist ja noch viel zu viel; aber der Zifferabstand zeigt, wie weit die Fürsorge für die unehelichen Kinder hinter der für die ehelichen im Rückstand ist.

Am schlimmsten aber steht es mit der Säuglingssterblichkeit der Unehelichen in den Gefilden der ostpreussischen Gutsherrschaften. Während man in den Städten ganz wesentliche Fortschritte in der Bekämpfung dieses schweren bevölkerungspolitischen Schadens gemacht hat, sieht es damit im Herrschaftsbereich der Großagrarien noch furchtbar aus. In den Hanfsäbden Bremen, Hamburg und Lübeck starben von den außerehelichen Säuglingen im Jahre 1913: 21,4 bzw. 19,4 und 17,0 Prozent. In Ostpreußen, Westpreußen und Posen dagegen gaben in dem gleichen Jahre von den außerhalb des Schutzes der Ehe geborenen Kindern 30,4 bzw. 32,4 und 35,5 Prozent ihr kurzes Jammerdasein wieder auf!

Diese Zahlen schreien gen Himmel. Sie zeigen, wo vor allem einzusetzen ist, wenn das Bevölkerungsproblem wirklich gefördert werden soll. Der „heilige Egoismus“ derer muß gebrochen werden, denen Besitz- und Gewinninteresse höher stehen, als die Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lebensinteressen des ganzen Volkes. Das ist der springende Punkt. Die Sozialdemokratie wird ihre Kraft dafür einsetzen, daß dies geschieht.

### Parteistreit im Parlament

Hätte jemand im Januar 1912 das Bild ausgemalt, wie Mitglieder der neugewählten Fraktion der 110 sich im offenen Reichstag derartig behandelten, daß der Präsident, der bürgerliche Präsident, genötigt wäre, gegen sie einzuschreiten — niemand hätte das damals für etwas anderes gehalten als für eine Ausgeburt wilder Phantasie, für einen bösen Traum. Jetzt ist es Wirklichkeit geworden, und wir wundern uns kaum noch sonderlich darüber.

Aber doch ist einiges an den Vorgängen, die sich am 28. Februar und 1. März im Reichstag abgespielt haben, bemerkenswert. Am 27. Februar hatte Scheidemann gesprochen, ohne mit einem Wort die Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung zu berühren, und von dem, was er sagte, war wenigstens neun Zehntel so, daß jeder Demokrat und jeder Sozialist ohne Unterschied der Richtung aus ganzem Herzen zustimmen konnte. Ueber den Rest, die Frage der Kreditbewilligung, besteht freilich Streit. Aber auch über diesen Punkt hatte Scheidemann nichts gesagt, was besonders geeignet gewesen wäre, Andersdenkende herauszufordern. Wer die Rede Scheidemanns liest, erfährt aus ihr nicht das geringste davon, daß es so etwas wie Parteistreit, Parteispaltung, Arbeitsgemeinschaft, Spartakusgruppe, Gruppe der Internationale und dergleichen überhaupt gibt.

Dabei steht Scheidemann und mit ihm die Sozialdemokratische Partei bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Spaltung längst tatsächlich vollzogen und die Arbeitsgemeinschaft eine selbständige Partei ist. Obwohl also besondere Rücksichten nach dieser Auffassung nicht mehr zu nehmen sind, hat der erste Redner der Sozialdemokratischen Fraktion aus einem Gefühl heraus, daß die Parteigenossen sehr gut verstehen werden, es vermieden, den Streit in der Arbeiterbewegung auf die Tribüne des Reichstags zu zerren. Ueberhaupt ist noch niemals aus den Reihen der Sozialdemokratischen Fraktion heraus ein unprovoked Angriff auf den losgelösten linken Flügel erfolgt. Man hat allgemein Zurückhaltung geübt und wohl auch andere Dinge für wichtiger gehalten.

Umgekehrt: Der Führer der Arbeitsgemeinschaft, Haase, hat bekanntlich auf der Berliner Tagung seiner Partei erklärt, daß diese Partei überhaupt gar nicht existiere, daß sie sich vielmehr immer noch als einen Teil der deutschen Sozialdemokratie betrachte, und daß sie die (von ihr selbst vollzogene) Spaltung nicht als existierend anerkenne. Und siehe da! In der Sitzung des Reichstages vom 28. Februar erhebt sich Ledebour, der bestimmt ein Parteigenosse Haases, nach Haases Versicherung aber auch noch ein Parteigenosse Scheidemanns ist, um seinen angeblichen Parteigenossen Scheidemann und die ganze sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit seinen Schmähungen zu überschütten! Alle gegen die Partei geschleuderten unsinnigen Anklagen, sie trage Verantwortung für Krieg, Kriegsführung, Regierungspolitik, kurz sie sei so ziemlich an allem schuld, worunter das deutsche Volk leidet, wurden in breiter Ausführlichkeit von neuem vorgetragen. Dem Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion, dem Genossen Scheidemann, wurde nebenbei persönliche Unehelichkeit vorgeworfen.

Daß dann Scheidemann und am 1. März Genosse Keil mit Ledebour scharf und gründlich abrechneten, war nur selbstverständlich. Es war ein Akt der gebotenen Notwehr und weiter nichts. Es muß festgestellt werden, daß diese ganze Widersprüchlichkeit, die jedem alten Parteigenossen auf die Nerven gehen muß, vermieden worden wäre, wenn nicht Ledebour bewußt und absichtlich den Skandal heraufbeschworen hätte. Nehnliches hatte man ja zuvor auch schon im preussischen Abgeordnetenhaus erlebt. Dort hatte Adolf Hoffmann den Genossen Paul Hirsch, einen Mann, der bis zur letzten Stunde für die Aufrechterhaltung der Parteinheit eingetreten war, nach einer Etatrede, in der er in ruhig sachlicher Weise den Standpunkt der Mehrheit dargelegt hatte, in offener Sitzung aufs heftigste attackiert und damit die Spaltung auch der Landtagsfraktion herbeigeführt. Immer und überall sind es die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei, die das Hineinzerren des Parteistreits in die Parlamentardebatten vermeiden wollen, immer und überall sind es die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die das Parlament zum Schauplatz standalöser Auseinandersetzungen zwischen ehemaligen Parteigenossen machen. Das hindert sie aber freilich nicht, zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei es sei, die die Spaltung betreibt, und daß sie es wären, die die Einigkeit der Partei aufrecht zu erhalten suchten. Uebrigens ist es leicht möglich, daß sich Ledebour mit seiner Rede im bewußten Gegenatz zu seinem Fraktionsvorsitzenden Haase gestellt hat; hat er doch auch die Ausführungen Haases auf der Berliner Verbandssammlung in der „Leipziger Volkszeitung“ scharf bekämpft und dort gefordert, daß man durch offene Gründung einer neuen Partei dem Verfallsprozess ein Ende mache. In der

Arbeitsgemeinschaft — von der Spartakusgruppe gar nicht zu reden — gehen schon die Meinungen hundertmal durcheinander, und jeder treibt seine eigene Politik. Vielleicht erhebt man auch noch den Tag, an dem sich die Roten im Reichstag öffentlich miteinander raufen werden. Hat man einmal den Weg zur Einigkeit und Macht beschritten, den die Arbeitsgemeinschaft gewählt hat, dann gibt es kein Halt mehr.

Das neueste Auftreten der Arbeitsgemeinschaft kann die Masse der Parteigenossen nur in der Überzeugung bestärken, daß das Werden und Vergehen dieser Spaltungsgruppe weiter nichts sein wird, als ein sehr unerfreuliches Beispiel in der deutschen Arbeiterbewegung, um deren Zukunft einem noch nicht hange zu sein braucht, weil ein Lebehour kein Temperament nicht beherrschen kann.

## Kriegsangelegenheiten

### Die Kriegsverhältnisse

Die Militäraktionen der beiden kriegführenden Parteien, welche vielfach Beziehungen zu den Kämpfen der Verbündeten besitzen, nehmen nach einem Amsterdamer Telegramm der „Schief. Bl.“ an dem die gemeinliche Offensive der Entente in der ersten Aprilhälfte, bei günstigem Wetter noch früher einsetzen wird, und zwar gleichzeitig im Westen, Osten, im Kaukasus, in Rumänien und Macedonien. Im Westen erwartet man zwei Fronten, die eine aller Voraussicht nach wieder an der Somme, die andere gegen Mühlhausen und Colmar. In der Türkei, daß türkische Divisionen in den letzten Wochen im elbischen Kriegsschauplatz eingetroffen sind, kann nicht gewiselt werden. Aber ihre militärische Stärke werden jedoch in den holländischen Blättern keine Angaben gemacht. Bei dem Beginn der Offensivoperationen wird noch ein gemeinsamer Kriegsrat in Paris abgehalten werden.

### Westlicher Kriegsschauplatz

Auf beiden Anso-Üfern ist vor einer Woche von Tagen aus besonderen Gründen ein Teil unserer vorderen Stellungen freiwillig und planmäßig geräumt und die Verteidigung in eine andere vorbereitete Linie gelangt worden. Dem Gegner blieb unsere Bewegung verhängnisvoll, weil die handelnde Nachhutposten verhinderten, keine nur irgend vorrückenden Truppen an kompletter Besetzung des von uns aufgegebenen, verschlossenen Geländebereiches. Der allseitigen Angriffs beschleunigung ausweichend, haben die deutschen Abteilungen dem Feinde erhebliche Verluste zu nehmen lassen. Jetzt 11 Offiziere, 164 Mann als Gefangene und vier Maschinengewehre ab und behielten noch heute das Besitzt unserer Stellungen.

### Achtzehn feindliche Flugzeuge abgeschossen

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet unterm 5. März: Das klare Wetter am Sonntag führte auf der ganzen Westfront zu lebhafter Tätigkeit. Die englischen Flieger waren besonders zahlreich in Gardern und im Artois. Unsere Flieger waren mit großem Erfolge vor Arras und über der Somme tätig. In mehreren erbitterten Luftkämpfen zwangen sie hier nicht nur die feindliche feindliche Flugzeuge zur Erde, sondern sie erzwangen vor der Gefahr an den anderen Fronten, das Feuer durch die Feuer unserer Abwehrgeschütze.

Die feindlichen Bombenflugzeuge sind durch den Verbot keinen Schaden anrichten können. Die Luftschiffe sind am Sonntag des Besatzungsdienstes in der Luft geblieben. Der südliche des Besatzungsdienstes sind ebenfalls abgefallen.

Im Osten wurde der Feind durch die Bomben mit über 100 Kilogramm Bomben durch die Luftschiffe im Ziel wurden einwandfrei beobachtet.

An der in der Luftschiffe sind die feindlichen Bomben durch die Luftschiffe in der Luft geblieben. Die Luftschiffe sind am Sonntag des Besatzungsdienstes in der Luft geblieben. Der südliche des Besatzungsdienstes sind ebenfalls abgefallen.

### Wegfall in der österreichischen Heeresleitung

Der österreichische Feldmarschall Conrad von Hörsinghoff ist unter Verletzung der Neutralität des Reiches durch den Feind als Oberbefehlshaber der österreichischen Heeresleitung abgesetzt worden. Ein weiterer Abbruch wurde von dem Reichsminister der Kriegsmarine durch die Luftschiffe im Ziel wurden einwandfrei beobachtet.

Die feindlichen Bombenflugzeuge sind durch den Verbot keinen Schaden anrichten können. Die Luftschiffe sind am Sonntag des Besatzungsdienstes in der Luft geblieben. Der südliche des Besatzungsdienstes sind ebenfalls abgefallen.

### Mexiko, Amerika und Deutschland

Herr Zimmermann der Staatskanzler der Vereinigten Staaten hat mit seinem Vizepräsidenten und dem Reichsminister der Kriegsmarine eine Erklärung abgegeben, die die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland betrifft. Die Erklärung ist eine sehr wichtige Angelegenheit, die die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland betrifft. Die Erklärung ist eine sehr wichtige Angelegenheit, die die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland betrifft.

zum Besten des versprochenen Bundes zu verhelfen und sie in diesem Besten zu erhalten? Die mexikanische Regierung mußte sich sagen, daß die Last und das Risiko der angebotenen Erörterung ganz auf sie selbst fallen würde. Sie mußte sich auch weiter sagen, daß sie, falls die Vereinigten Staaten einmal wirklich ihre militärische Kraft voll einsetzen, nicht imstande sein werde, gegen jene auch nur die nationale Erklärung Mexikos zu behaupten, geschweige denn irgendwelche Forderungen nach dem Norden vorzutragen. Mexiko hat sich in seinen Konflikten mit den Vereinigten Staaten mit nur nur spielen. Würde aber eines Tages das amerikanische Volk den Kampf gegen Mexiko als einen nationalen Existenzkampf auffassen, von der Art, wie sie jetzt in Europa geführt werden, dann wäre Mexiko verloren.

In der Voraussetzung, daß den Mexikanern das Bündnis mit Deutschland nicht genügen würde, hat Herr Zimmermann auch die Mittelbegleitung Japans in die neue Koalition in Aussicht genommen. Auf welche Unterlagen sich die Annahme des Staatssekretärs gründete, Japan, das seit zweieinhalb Jahren der Verbündete unserer Gegner ist, könnte von der Entente abzuweichen und in das Lager der europäischen Mittelmächte übergehen, entzieht sich der allgemeinen Kenntnis. Sicher, wenn Herr Zimmermann der Plan gelungen wäre, den man je nach Auffassung als grandios oder grotesk bezeichnen kann, er wäre für viele in Deutschland der Held des Tages gewesen. Aber leider, der Plan mißlang, und so ist es müßig, lange darüber zu streiten, ob auch nur ein Hundertstel Proz. it Wahrscheinlichkeit für sein Bestehen vorhanden war.

Die offizielle Presse Deutschlands beschränkt sich in der Hauptsache darauf, zu erklären, daß der Plan des Herrn Zimmermann moralisch einwandfrei gewesen sei. Ein Staat habe das zweifelhafte Recht, Bündnisse zu suchen für den Fall, daß er mit anderen Staaten in Krieg geraten sollte. Das ist zweifellos richtig, aber das Interesse an dem Thema ist mit dieser einwandfreien Feststellung nicht erschöpft. Sicher ist es doch nicht die Aufgabe der Diplomatie, durch ihre Handlungen, und seien sie moralisch noch so einwandfrei, den Gegnern zu billigen Erfolgen zu verhelfen.

Das ist in diesem Falle aber geschehen. Ganz Amerika hat sich in einer heftigen tosenden Entrüstung gegen Deutschland verwandelt. Denn die Leute drüben sehen die Dinge eben anders an als wir. Für sie bedeutet der mexikanische Bündnisplan eine unerträgliche Einmischung in die amerikanischen Verhältnisse und einen verheerenden Angriff auf das Territorium der Vereinigten Staaten. Wo drüben diese Auffassung noch nicht zum Durchbruch gekommen ist, da wird die „Aufklärungsarbeit“ der Entente dafür sorgen, daß es geschieht.

Also erschreckend ist dieses ganze mexikanisch-japanische Abenteuer unserer Diplomatie wirklich und wahrhaftig nicht. Aber sollen wir deswegen verzweifeln? Für den Ausgang des Weltkriegs wird dieses diplomatische Zwischenspiel nicht von entscheidender Bedeutung sein. Das deutsche Volk hat Proben einer unverwundlichen Kraft abgelegt. Also wird es auch das ertragen!

### Zum deutsch-mexikanischen Bündnisantrag

Der Washingtoner Korrespondent des „Zeit Parisien“ tabelt unter dem 5. März: Trotz der amtlichen Erklärung des mexikanischen Ministers des Äußeren, daß die mexikanische Regierung kein Ansehen von Deutschland erhalten habe, beharrte die amerikanische Regierung dabei, Gewisheit zu besitzen über ein deutsch-mexikanisches Komplott. Sicher sei aber, daß die amerikanische Regierung in der unerklärlichen Stunde keineswegs Komplikationen mit Mexiko wünsche und daß sie sich bemühen werde, freundschaftliche Beziehungen mit der Regierung und dem Volke Mexikos so lange als möglich aufrechtzuerhalten. Die Regierung der Union sei aber eine mexikanische Angelegenheit zu gut unterrichtet, um an die Dauer der freundschaftlichen Beziehungen zu glauben, falls die Union mit Deutschland in Kriegszustand käme. Die amerikanische Regierung bereite sich für alle Möglichkeiten vor.

### Die amerikanischen Handelsschiffe werden nun bewaffnet

Aus Washington wird gemeldet, daß das Repräsentantenhaus mit 403 gegen 13 Stimmen beschlossen hat, die amerikanischen Schiffe gegen die U-Bootgefahr zu bewaffnen.

### Rüstung zu Wasser und Kriegsstimmung

Wie die „Wolff. Bl.“ berichtet, beschäftigt die amerikanische Regierung außer der Bewaffnung der Handelsschiffe auch Patrouillen lange der von amerikanischen Schiffen in der Gefahrzone eingehaltenen Route zu organisieren. Die Patrouillen würden von einer großen Flotte von Zerstörern und von besonders zur Bekämpfung der U-Boote bestimmten Schiffen ausgeführt werden. Weiter heißt es: Die Demokraten im amerikanischen Senat erklärten, sie würden die Aktion unterstützen, wenn der Kriegsausbruch einträte. Sie betrachteten aber die Vorschläge, die in der Bill enthalten seien, als zu weitgehend.

Das Verhalten amerikanischer, im englischen Dienste stehender Matrosen, die in Washington transportiert nach Mittelmeer, um die Kriegsstimmung gegen Deutschland künstlich zu schüren.

### Wahen gegen Senat und Opposition

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat bei seinen Kriegsforderungen im Senat nicht die gewünschte Zustimmung gefunden. Dieses „Oberhaus“ hat sich nach einer heftigen Debatte vom 4. März mittags verweigert, ohne eine Abstimmung über das Gesetz der bewaffneten Neutralität vorgenommen zu haben, da die Geschäftsordnung des Senats, die keine Beschränkung der Debatte vorsieht, es nach einer Handvoll Pazifisten und deutschfreundlichen Ermöglicht hatte, die Debatte bis zum Mittag fortzusetzen, wo die gegenwärtige Session des Kongresses von selbst erlosch. Aber 85 von 96 Senatoren haben eine Erklärung unterzeichnet, die sich entschieden für das Gesetz ausspricht und die Unmöglichkeit bezeugt, es noch durchzubringen. Zwölf Senatoren verzweifelten ihrer Unterzeichnung, während einer wegen Krankheit abwesend war.

Diese erste Enttäuschung Wilsons in seiner neuen Amtsperiode hat ihn offenbar sehr erbittert. Er gedenkt trotz der aufständischen Stimmung seinen Willen durchzusetzen. In der nächsten Sitzung des Senats hat er eine außerordentliche Session des Kongresses (Repräsentantenhaus und

Senat) für erforderlich, in der die Geschäftsordnung abgeändert werden solle; denn es sei zwecklos, daß der Senat unter einer Geschäftsordnung arbeite, die es einer Minorität erlaube, eine „überwältigende Mehrheit“ in Schach zu halten. Wörtlich heißt es in der Wilson'sen Erklärung nach Reuters:

Obgleich ich die Nation und ihre Vertreter mit noch nicht vollkommener Einmütigkeit hinter der ausführenden Regierung stehen, wird nichts der im Ausland hervorgerufenen Eindruck der Unsicherheit sein, daß die Regierung die Maßnahmen zu ergreifen, die sie wollen, ohne fürchten zu müssen, daß unsere Regierung irgend etwas tun kann. Wir können das nicht erklären. Die Erklärung ist unglaubwürdig. Der Senat der Vereinigten Staaten ist weiter nichts als eine gesetzgebende Körperschaft, die nicht handeln kann, wenn ihre Mehrheit zum Handeln bereit ist. Eine kleine Gruppe willensstarker Männer, die einzig die eigene Meinung vertreten, macht die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich. Hiergegen gibt es bloß ein Mittel. Das einzige Mittel ist, den Senat so zu ändern, daß er handeln kann. Man kann sich darauf verlassen, daß das Land die Folgerung daraus ziehen wird. Ich glaube, daß man sich darauf verlassen kann, daß der Senat die Mittel zum Handeln finden und das Land vor einer Katastrophe bewahren wird.

### Chinas Abbruch der Beziehungen zu Deutschland?

#### Wolffs Bureau meldet:

Die Londoner Blätter veröffentlichen folgende telegraphische Meldung aus Peking: Nach einer Depesche aus Peking hat sich das Kabinett einmütig zugunsten des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen. Der Präsident hat dies nicht gebilligt und erklärt, ihm allein stehe verfassungsgemäß dieses Recht zu.

Der Ministerpräsident ist zurückgetreten, die übrigen Minister werden wahrscheinlich das gleiche tun.

Nach einer Reutersmeldung aus Peking ist der Rücktritt des Ministerpräsidenten erfolgt, nachdem es zwischen ihm und dem Präsidenten zu einer Szene gekommen war. Die Demission wird wahrscheinlich nicht angenommen werden.

An der Haltung Chinas gegenüber Deutschland hat sich nichts geändert. W. T. B. gibt diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder, da über den Inhalt weder dem Auswärtigen Amt noch der chinesischen Gesandtschaft amtliche Nachrichten vorliegen.

Die „Times“ meldet noch aus Peking vom Sonntag, daß die Präsidenten der beiden Häuser des Parlamentes anlässlich der Ministerkrise den Präsidenten besuchte und ihm mitgeteilt haben, daß er den allgemeinen Wunsch des Parlaments falsch aufgefaßt habe. Es werden energische Versuche unternommen, um eine Verständigung zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten herbeizuführen.

### Kosten des Krieges. Die seit Kriegsbeginn von den

kriegführenden Ländern gemachten Schulden betragen laut neueren Berechnungen: England 78 681 Millionen, Deutschland 64 000 Millionen, Rußland 59 015 Millionen, Oesterreich-Ungarn 22 525 Millionen, Italien 16 000 Millionen Mark

## Politische Rundschau

### Im Reichstage

wurden die Verhandlungen am 1. März durch den Kriegsminister von Stein eingeleitet. Er schlug das dunkelste Kapitel aus dem Schuldtag der Völker auf: die barbarische Behandlung der Deutschen Gefangenen, zumal in Frankreich, und die Tragödie der Verschleppten. Die Ankündigung der Vergeltungen, zu denen nur bitterste Notwendigkeit zwingen kann, hätte mit würdigem Ernst und ohne Bravourstücke von den bürgerlichen Parteien aufgenommen werden sollen. Für die Polen sprach Herr Seyda. Zum erstenmal trat die polnische Reichstagsfraktion, die die Kredite bisher widerspruchslos bewilligt hat, aus ihrer bisherigen Reserve heraus. Sie hielt es, weil so gar nichts bisher zu einer Verständigung mit den Polen geschehen ist, für notwendig, die Polenpolitik der Regierung fast im gleichen Tone wie Korsant im Abgeordnetenhause zu kritisieren. Dann sprach als zweiter Redner unserer Fraktion Genosse Keil. Er hatte eine doppelte Aufgabe zu lösen, einmal die neuen Steuervorlagen zu behandeln und dann sachlich die Angriffe Ledebours gegen die Parteipolitik abzuwehren. Die Abrechnung mit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft war gründlich. Mit scharfer Beweisführung zergliedernde er die politischen Gedanken, die etwa hinter der gewollten Weltfremde der abgesplitterten Gruppe stecken. Er stellte ihnen überzeugend die harte Wirklichkeit gegenüber, auf denen die Politik der Wehrheit Ledebours beschränkt hätte. Er nahm sich auch den Grafen Westarp vor und zerstückte die Politikstereien der anregionistischen Stammespolitik. Der Hauptteil seiner Ausführungen galt den neuen Steuern. Mit unnachlässiglicher Schärfe wies unser Redner nach, von wie verderblicher Wirkung auf unser Wirtschaftsleben die geplanten Belastungen des Verkehrs und Verbrauchs sein müssen. Er stellte diesen Vorschlägen ein ausgebautes System direkter Steuern gegenüber, deren Voraussetzung allerdings eine einheitliche Steuerbefreiung für Deutschland sein muß. Die zweieinhalbstündige Rede fand den lebhaftesten Beifall unserer Fraktion. An dritter Stelle kam der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann zum Wort. Seine Hoffnungen auf den U-Bootkrieg sind grenzenlos; und wenn er auch das Fideikommissgesetz ebenso energisch ablehnte, wie er die Notwendigkeit einer Reform des Dreiklassenwahlrechts anerkannte, so brach er doch auch eine Lanze für die Gelben.

Der Reichstag brauchte am 2. März eine beinahe siebenstündige Sitzung, bevor er seine Vollversammlung bis zum 20. März vertagen konnte, um der Ausschussharheit Raum zu geben. Im Vordergrund stand eine große Rede des fortschrittlichen Abg. Haußmann, die sich in der Hauptsache mit dem Treiben der Abolitionisten gegen den Reichskanzler befaßte. Haußmann tat recht daran, daß er die Angelegenheit nicht von der leichtesten Seite nahm, wenigstens manche Dinge darin die Grenze des Scherzlichen überschreiten. So war es eine politische Hinfüh-

## Volksernährung

### Die Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage

Die deutschen Gewerkschaftsgruppen und die zugehörigen Verbände, die kürzlich bei Gelegenheit der Vaterländischen Hilfsdienstpflicht gemeinsam handelten, haben jetzt eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt gerichtet, in der sie zur Lebensmittelfrage Stellung nehmen. In der Eingabe wird auf die wachsende Erregung hingewiesen, die infolge der mangelhaften Regelung der Lebensmittelversorgung immer weitere Kreise der Bevölkerung erfasst. Die Verteilung entbehre der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden müsse. Sie begünstige solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden und ermögliche es, wohlhabenden Kreisen sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen, zum Schaden der ärmeren Bevölkerungsschichten. Gewissenlos finden sich täglich zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Gewinnes das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen. Als der Mittelpunkt aller Widerstände, die sich auch gegen die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes richten, wird das preussische Landwirtschaftsministerium bezeichnet, das sich schüßend vor die privatrechtlichen Ansprüche der Landwirte stelle. — Eine zweite Eingabe ist an den Reichsfinanzminister gerichtet und hier werden die Wünsche der Petenten in folgender Weise formuliert:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird je eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamtes mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnehmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterämter des Kriegsamtes für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamtes haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Buchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Vertriebs von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückhaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Am Schlusse der Eingabe an das Kriegsernährungsamt wird nochmals in nachdrücklicher Weise die Warnung ausgesprochen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weitergehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. „Die vertrauensvolle Mitarbeit, die die Gewerkschaften bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Anrecht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortdauernde lässige Auffassung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.“

\* **Wertminderung in der Landwirtschaft?** Das führende landwirtschaftliche Organ suchte kürzlich zu beweisen, daß in zahlreichen Fällen Wertminderungen an Grund und Boden festzustellen seien. Der Boden könne infolge des Fehlens von Düngemitteln und Arbeitskräften nicht richtig bearbeitet wer-

den und verliere deshalb an Wert. Eine Bodenverschlechterung sei zweifellos eingetreten, das müsse bei der Veranlagung der Steuer und besonders bei der Heranziehung zur Kriegsgewinnsteuer berücksichtigt werden. „Nimmt man den Landwirten die etwa vorgeworbenen Ersparnisse durch zu hohe Besteuerung, fehlt daher das Kapital, um die nötigen Aufwendungen nach dem Krieg zu machen, so bleiben die Erträge weit länger, als es sonst notwendig wäre, geragt.“ Genau so argumentiert die Industrie: Fehlt man die Industrie scharf zur Steuer heran, dann kann sie den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte nicht mehr bestehen. Also verschone man Industrie und Landwirtschaft mit der Steuer! Wo sollen aber die künftigen Steuerzahler sitzen, wenn nicht der Handel alles auf seine Kappe nimmt? Wie kommt es denn übrigens, daß trotz der unzweifelhaften Bodenverschlechterung erhöhte Gewinne erzielt werden? In allen landwirtschaftlichen Blättern wurde neuerdings ausgerechnet, daß der Ertrag pro Morgen beträgt: Bei Weizen 1200 Mt., Roggen 800 Mt., Stroh 600 Mt., Futterrüben 540 Mt. und Zuckerrüben 330 Mt. Damit sollte bewiesen werden, daß der Zuckerrübenpreis zu niedrig ist. Es wird aber vielmehr bewiesen, daß Weiz- und Roggen viel zu hoch bezahlt werden, denn auch nur annähernd hohe Preise und Gewinne hatte die Landwirtschaft im Frieden nie aufzuweisen. Das beweisen sowohl das vielfache Löschen von Schulden wie auch die Kapitalaufsammlungen auf dem Lande. Wer heute ein Stück Land verkauft, bekommt dafür trotz der angeblichen Wertminderung das Doppelte und Dreifache, womit natürlich schwerwiegende Gründe für künftige hohe Preise geschaffen werden. Auch aus diesem Grunde muß baldigst eine eiserne Faust preisregelnd eingreifen, sonst wird die Teuerung unabwendbar eine dauernde bleiben.

### Der neu gewählte Bevölkerungsausschuß des Abgeordneten-Hauses

hat sich konstituiert und den Abg. Hirsch (Berlin) zum Vorsitzenden gewählt. Damit erhält zum ersten Male ein Ausschuß des Abgeordneten-Hauses einen sozialdemokratischen Vorsitzenden. Der Ausschuß wird sich zunächst mit allen vorliegenden Anträgen auf Gewährung oder Verbesserung der Kriegs-, Teuerung- und Kinderzulagen an die Beamten und Arbeiter des Staates beschäftigen.

— **Die Kriegsunterstützungen der Stadt Berlin.** Seitens der Stadt Berlin sind an baren Kriegsunterstützungen im Monat Februar 12 150 000 Mt. an Kriegerfamilien ausgezahlt worden. Die Mietunterstützungen an Kriegerfamilien im vergangenen Monat hielten sich mit rund 2 000 000 Mt. auf der gleichen Höhe wie Januar. Die seit Beginn des Krieges lediglich an Kriegerfamilien ausgezahlten Kriegsunterstützungen haben eine Höhe von 240 Millionen Mark erreicht. Der Betrag der Mietunterstützungen, der seit Beginn des Krieges an Kriegerfamilien gezahlt worden ist, beläuft sich auf 41 735 000 Mark.

— **6000 Kilogramm verdorbenes Fleisch.** Ein unerhörtes Vorkommnis wird aus Augsburg berichtet. Dort wurden, laut „Tägl. Rundschau“, nicht weniger als 5000 bis 6000 Kilogramm Kalbfleisch im Werte von 15 000 Mt. in vollkommen verdorbenem Zustand abgeliefert. Die Verordnung über die Kälberablieferung in geschlachtetem Zustande hat diese Wirkung gezeitigt. Aus Mindelheim und Memmingen kam eine Sendung von 200 geschlachteten Kälbern in Augsburg an, bestimmt als Sonderzulage für Schwerarbeiter. Schon beim Öffnen des Wagens entströmte diesem ein unbeschreiblicher Fäulnisgeruch. Die Untersuchung ergab, daß etwa 100 Kälber infolge ungewöhnlicher Behandlung bei der Schlachtung und Verladung faul, grün verfärbt und von Gasen dick aufgetrieben

waren; auch der Rest kann als nahezu verdorben gelten. Als Ursache ist der Umstand zu erachten, daß die Kälber in noch warmem Zustande dicht zusammengeschichtet in den Wagen verladen worden waren, da ein Anhängewagen nicht mehr zu bekommen war.

— **Brotgetreide fürs Vieh.** Wegen Verfütterung von Brotgetreide sind bisher im Kreise Schlochau 125 Personen bestraft worden. Die niedrigsten Strafen bewegten sich um 60 Mt. Die Höchststrafe betrug 1000 Mt.

## Danziger Nachrichten

### Der Kampfmonat.

Die schöne Bezeichnung Kampfmonat, die Karl der Große bei der von ihm vorgenommenen Verdeutschung der Monatsnamen dem dritten Monat des Jahres gegeben hat, hat sich leider, gleich den übrigen deutschen Monatsnamen, in unserer Sprache nicht erhalten. Sie ist durch den Namen März verdrängt worden, der lateinischen Ursprungs ist und eine Umdeutschung des lateinischen Monatsnamens Martius darstellt. Der Name bedeutet soviel wie Monat des Mars. Der Mars war der Kriegsgott der alten Römer, die ja das kriegerischste Volk des Altertums gewesen sind. Welches großen Ansehens sich gerade dieser Gott im alten Rom erfreute, ersieht man schon daraus, daß man dort den ursprünglich ersten Monat des Jahres nach dem Kriegsgotte benannt hat. Das alt-römische Jahr bestand anfangs aus zehn Monaten, die mit dem März begannen und mit dem Dezember, dem zehnten Monat, endigten. Als später von den Römern, unter Verkürzung der Zahl der Tage eines jeden einzelnen Monats, das Jahr in zwölf Monate eingeteilt wurde, kamen merkwürdigerweise die beiden ersten Monate, der Januar und der Februar, an den Anfang des Jahres. Die letzten Monate des Jahres vom September bis Dezember behielten ihre alten, nunmehr unrichtig gewordenen Namen, die tatsächlich den siebenten bis zehnten Monat bezeichnen, bei. So ist es geblieben bis zum heutigen Tage. So wenig nun die vier letzten Monate des Jahres der Bedeutung ihrer Namen entsprechen, um so mehr ist dies bei dem dritten Monat, dem März, der Fall. In ihm vollzieht sich ja in jedem Jahre der Wechsel zwischen Winter und Frühling, der niemals ohne schwere Kämpfe vor sich geht. Der starre Winter will nicht weichen, aber um so zehrender bedrängt ihn der ewig-junge Sonnenliebster Frühling. Er unternimmt einen Sturmangriff nach dem andern gegen ihn, bis er schließlich den vollen Sieg gegen der Entthronen davonträgt. Mit vollem Recht daher der Dichter:

— Nicht ohne Streit,  
Nicht ohne Stürme kommt die Frühlingszeit,  
Wo Großes langsam werdend sich gestaltet,  
Da muß in Trümmer stürzen, was veraltet.

### Frühlingsfeier der Arbeiterjugend.

Trotz des noch immer grimmig dreinschauenden Winters rüstet unsere Arbeiterjugend wieder zu ihrer gewohnten Frühlingsfeier. Auch Krieg und Winterhärte können die freudige Hoffnung auf die schließlich doch siegreiche Wiederkehr des lebensfrohen Sommerkinde Frühling nicht niederzwingen. Wieser soll ihm daher am Sonntag, den 18. März, ein seiner würdiger Empfang von der dazu in erster Reihe berufenen Jugend im Bürgergarten bereitet werden. Der uns vorliegende Entwurf der festlichen Veranstaltungen sieht reiche Abwechslung vor. Musikalische Vorträge, gesprochene Dichtungen, Gesang von Volksliedern, ein Hans-Sachs-Schwank, die beliebten Jugendreigen usw. werden in frühlingsfrohem Wechsel geboten. Der vorzügliche Verlauf

## Die Natur

Nicht als zerstörende,  
Leben verachtende Herrin  
Wißt du dich zeigen,  
Sondern als raffines schaffende  
Freundin der Menschen,  
Daß wir deiner uns freuen  
Und, vertrauen in dich, es vergessen  
Wie so ganz dem Graue wir gleichen,  
Das, am Morgen grüwend,  
Weil ist am Abend.

Julius Sturm.

## Danziger Stadttheater

### Der Biberpelz. Diebskomödie von Gerhart Hauptmann.

Die deutsche Literatur ist nicht allzureich an guten Lustspielen. So war es denn erfreulich, daß unser bedeutendster Dichter der Gegenwart nach einer Reihe von erfolgreichen Dramen ernster Art auch einmal die lustige Geißel launiger Satire schwang. Und er hatte mit seiner „Biberpelz“-Komödie vollen Erfolg. Wie in den meisten seiner Werke nahm er auch hier den Stoff aus dem Leben der Gegenwart. Das Stück spielt vor den Toren Berlins. Dort ist dem Rentier Krüger ein kostbarer Biberpelz gestohlen worden. Und zwar von der „Mutter Wölfin“, der Wäscherin am Orte. Neben dieser ehrsamten Arbeit betreibt sie aber auch mit ihrer Familie das einträglichere Geschäft der Wilddieberei. Krüger bringt den Diebstahl bei dem Amtsvorsteher von Wehrhahn zur Anzeige. Der Amtsvorsteher sieht aber in dem Drängen Krügers auf Erledigung seiner Angelegenheit nur Schikane der Behörde durch den liberalen Gegner. Er aber hat sich vorgenommen, rücksichtslos die Feinde von Thron und Altar zu bekämpfen und als solcher ist ihm Krüger verdächtig. Als der bestohlene Rentier daher Anzeige macht, daß man einen Raubschiffer auf dem Kanal in einem Biberpelz gefangen habe, meint der Amtsvorsteher, das wäre kein wesentliches Moment. Dieser Raubschiffer, der tatsächlich als Hehler den Pelz von der Wölfin gekauft hat, erklärt auf dem Amt, daß er selbst einen solchen Pelz besitze. Triumphierend weist darauf der Amtsvorsteher dem verhassten Rentier als Querulanten die Tür. Der Amts-

vorsteher erklärt aber die Wölfin, die ihn und den Rentier zu beschwindeln verstand, für eine brave, grundehrliche Frau.

Die Aufführung der Komödie war unter der Spielleitung S. Haags von bezaubernder Lebendigkeit. Heinz Perino war als Wehrhahn eine jener Säulen von Thron und Altar, voll Schneid, Beschränktheit und überhebendem Dünkel, wie sie leider — früher in Deutschland sehr zahlreich waren. Jenny v. Weber spielte die Wölfin. Vieß sie auch einen Zug ins Verbe vermissen, so war die Künstlerin doch von einer erfreulichen Natürlichkeit. Den liberalen Spießbürger Krüger gab Richard Linke-Lübau mit rätionierendem Temperament. Zwei überaus lebenswahre Figuren schufen Franz Pfandler als der geistig beschränkte Ehemann der Wölfin und Leo Hubermann als diafellig-istiger Schiffer Wulkow. Ein lässlicher Zufall wußte während der Aufführung einmal die Heiterkeit des Hauses besonders zu erregen und am Schluß durch ein zu frühes Fallen des Vorhanges die Stimmung zu stören. So.

## Kleines Feuilleton

— **Auszeichnung eines Arbeiterdichters.** Der Wiener Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Gemeinderat zu empfehlen, dem Schriftsteller Aljona Perold in Wien eine Ehrengabe von 1500 Kronen jährlich zu bewilligen. Perold wurde in Wien im Jahre 1882 geboren und wuchs, da Vater und Mutter zulezt arbeitsunfähig waren, im Glend auf. Mit 15 Jahren war er Tagelöhner, später Laufbursche, Fabrikarbeiter, dann Geschäftsdienstler und schließlich in einer Schokoladenfabrik Paßer. Am 2. Dezember v. Js. wurde er von einem schweren Blutsturz befallen, an dessen Folgen er noch jetzt daniederliegt. Seine erste Gedichtsammlung erschien 1910. Im Jahre 1914 wurde ihm für sein lyrisches Hauptwerk der Bauernfeld-Preis verliehen.

— **Neue Wunder der deutschen Bühnentechnik.** Die neueste technische Errungenschaft, durch welche die außerordentlich großen Fortschritte im technischen Betriebe unserer Bühnen charakterisiert werden, gehen fast ausnahmslos von dem Prinzip möglicher Zeiterparnis durch Szenen Vorbereitungen aus.

Schon vor einigen Jahren waren, wie der Bühneningenieur Karl Trompeter in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ ausführt, in den meisten großen deutschen Theatern neben den Versenbühnen auch Drehbühnen und Schiebepöhlen in Gebrauch. Die Versenbühne ist der Tiefe nach in drei gleiche Teile geteilt, die so tief gelenkt werden können, daß man unter ihnen auch die höchste Dekoration zu bergen vermag, sobald man die eine Dekoration vollkommen versenken, um gleichzeitig die neuen heranzulassen zu lassen. Die Schiebepöhlen, die neueren Datums ist, ist so konstruiert, daß die Dekoration auf niedrigen, auf Rugekrädern ruhenden Plateaus aufgebaut wird. Diese fahrbaren Plateaus, sogen. Wagen, werden von einem besonderen Seitenraum auf die Bühne gefahren.

Die modernste Bühnenkonstruktion stellt eine Verquickung von Versen- und Schiebepöhlen dar. In diesem Falle ist die Schiebepöhle im Unterbau des Bühnenbodens angebracht, so daß die Wagen mit dem fertigen Dekorationsaufbau genau in den Schacht gefahren und dann emporgehoben und später wieder versenkt werden. Hierdurch wird das sonst für den Nebenbau der Schiebepöhlen benötigte Gelände erspart. Neu ist eine zusammenklappbare Drehbühne, die in zusammengeklapptem Zustand durch einen Versenklapp emporgesogen und auf dem Bühnenfußboden aufgeklappt werden kann. Um den für plastische Dekorationen notwendigen Aufbewahrungsraum und damit auch die betreffenden Kosten zu verringern, führte man neuerdings aufblasbare Dekorationsstücke ein, die aus leicht imprägnierten Stoffen hergestellt sind und innerhalb weniger Augenblicke durch Preßluft aufgeblasen werden können. Auf diese Weise verwardeln sich harmlose, in irgend einem Winkel aufzubewahrende Lächer an Handumdrehen in riesige Felsblöcke, Bäume, Säulen usw. Neu sind auch doppelseitig benutzbare Kulissen, die auf beiden Seiten verschoben benutzt werden. Der Kinematograph hat bisher nicht die von manchen Leuten erwartete revolutionisierende Umwälzung der Bühnentechnik hervorgebracht, findet aber doch mancherlei Anwendung, so wird er besonders gut bei schwach erhaltenen Bühnenbildern zur Darstellung von Geistern oder sonstiger bemecklicher Wesen in der Oper z. B. für den Walfahrenritt, verwendet.



...erklärt sich der Vertreter der Werft bereit, dem den Abtheilung auszubehalten.

Der Lehninhaber K. ist bei der Firma F. Schichau gegen ein Monatsgehalt von 140 Mark beschäftigt. Er hat ein Engagement in Kiel angenommen, wo er 300 Mark monatlich erhalten soll. Die Firma ersuchte um Aufhebung eines Beschlusses, da sie sich mit der Kieler Firma in Verbindung gesetzt hat. Der Ausschuss war jedoch anderer Ansicht. Der Abtheilung mußte sofort ausgedient werden, damit K. der Kieler Firma die Annahme seines Engagements bestätigen kann. Das führte der Beschluß des Ausschusses begründend aus, nur durch die Abgabe des Abtheilungsscheins bei dem neuen Arbeitgeber geschehen. Dieser Entscheidung fügte sich die Firma F. Schichau.

Kupferschmied B. zog seinen Antrag auf Erteilung eines Abtheilungsscheins zurück, weil zwischen ihm und der Firma F. Schichau eine Einigung erfolgt ist.

Schmied W. von derselben Firma erhielt den Abtheilungsschein, da er nachwies, daß er auf der Kaiserlichen Werft mehr verdienen könne. Auch Stauer W. konnte mit dem Abtheilungsschein von Schichau zur Kaiserlichen Werft überwechseln.

Sattler P. wurde bei Schichau als Helfer bei den elektrischen Lampen beschäftigt. Er wollte in seinem Beruf beschäftigt werden, wobei er auch einen höheren Verdienst erzielte. Der Ausschuss stimmte dem zu. P. erhielt den Abtheilungsschein.

Schlosser M. von der Arbeiterwerkstatt verlangte den Abtheilungsschein wegen Krankheit. in der Kammer. Die Sache wurde vertagt.

Werkzeugmacher H. von der Gewehrfabrik verlangte den Abtheilungsschein, weil er nicht in seinem Beruf als Werkzeugmacher, sondern als Feiler beschäftigt wurde. Die Betriebsleitung erklärte sich bereit, den Schein auszustellen.

Infolge Todesfall seiner Frau erhielt Schlosser L. den Abtheilungsschein, den ihm die Gewehrfabrik verweigert hatte.

### Städtische Wohnhäuser.

Um einer Wohnungsnot nach dem Kriege zu begegnen und zugleich zur Herabführung normaler Mietpreise, haben wir wiederholt auf die Notwendigkeit des Häuserbaues in städtischer Regie hingewiesen. Daß die Anregung praktisch durchführbar ist, beweisen uns die Angaben, die die Stadt Dessau jetzt auf eine Rundfrage des Deutschen Städtetages gemacht hat.

Die Wohnungsnot von kinderreichen Familien, heißt es, hat uns veranlaßt, einen Versuch mit der Erbauung von städtischen Häusern für kinderreiche Familien zu machen. Der Versuch ist glänzend geglückt. Die Stadt Dessau hat fünf Häuser gebaut. Jedes Haus besteht aus sechs vertikal getrennten Einzelhäusern unter einem Dach. Jedes Einzelhaus besteht im Erdgeschoß aus großer Wohnküche und Waschküche, im Obergeschoß aus drei großen Schlafzimmern, aus Bodenraum, Keller und etwas Gartenland. Die Stadt hat den Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung gestellt, nimmt eine Miete von 250 Mark jährlich, zahlt aber für das im Haushalt lebende Kind unter 16 Jahren für Kopf und Jahr 8 Mark Mietzuschuß, so daß die Miete bei sechs Kindern nur 202 Mark beträgt. Da im letzten Jahre 204 Kinder in den 30 Familien vorhanden waren, hat die Stadt einen Mietzuschuß von zusammen 1632 Mark gewährt. Das Grundstück ist mit 25 000 Mark Bodenwert anzunehmen, so daß der hierdurch der Stadt entstehende Minderebetrag von 800 Mark zu berechnen ist. Der Zuschuß für 30 solche Familien betrug daher im letzten Jahre 2432 Mark. Ein Kapital von 100 000 Mark ist von der Stadt zur Verfügung gestellt, um hieraus zweite Hypotheken für kinderreiche Arbeiterfamilien an Erbauer derartiger Häuser zu geben.

Wir sehen, daß etwas gemacht werden kann, wenn der gute Wille vorhanden ist. Die erste Voraussetzung ist auch hier, wie bei allem: Verständnis und soziales Gefühl.

\* Erhöhung des Beföstigungsgeldes. Das Beföstigungsgeld für kommandierte Mannschaften ist mit Wirkung vom Februar von 1,50 auf 2 Mk. pro Tag erhöht worden. Daraus werden berechnet für die Mittagskost 95 Pf., für die Abendkost 75 Pf. und für die Morgenkost 30 Pf. Davon, was größere Mengen auf Selbstverpflegung angewiesener Mannschaften vorhanden sind, werden besondere Küchen eingerichtet, in denen die Mannschaften zu diesen Preisen Verpflegung bekommen können. Die übrigen Mannschaften, die nicht an einer solchen Küche teilzunehmen in der Lage sind, werden natürlich mit den 2 Mk. pro Tag bei den heutigen Lebensmittelpreisen keineswegs auskommen können.

### Die sechste Kriegsanleihe.

Es wird geschrieben: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, steht die Veröffentlichung der Bekanntmachung, mit der das deutsche Volk zur Beteiligung an der sechsten Kriegsanleihe aufgefordert wird, nahe bevor.

Die Annahme der Zeichnungsanmeldungen wird sich auf einen Zeitraum von ungefähr vier Wochen erstrecken, dessen Anfang auf den 15. März und dessen Ablauf auf den 16. April festgelegt ist. Besonders hervorzuheben ist, daß die Pflanzanzahlungsform bis zur Mitte des Monats Juli erstreckt, so daß alle die, die im zweiten Viertel des Jahres zu Beginn des dritten Gelder vereinnahmen, über diese nun jetzt zugunsten der Kriegsanleihe verfügen können. Es ist aber auch dafür gesorgt worden, daß die Ende März oder Anfang April freierwerdenden Gelder sofort nach Eingang veranlagung angelegt werden können, denn obwohl die Zeichnungsanmeldungen bis zum 16. April zulässig sind, ist es statthaft, die ersten oder Teilzahlungen vom 31. März an zu leisten.

Die sechste Kriegsanleihe wird in erster Reihe wieder in 5-prozentigen Reichsschuldverschreibungen bestehen, die zum 1. März zum Preis von 98 vom Hundert (Schuldbuchzeichnungen mit Sperrzins zum 15. April 1918 zum Preise von 97,80 Mk.) gezeichnet werden können. Die Unzulänglichkeit von Seiten des Reiches, die Verfügung der Anleihehaber über ihren Besitz in dieser Weise beschränkt oder erschwert ist, wie bei den früher in 4-prozentigen Reichsschuldverschreibungen bis zum Jahre 1914 festgelegt, so daß die Anleiheerwerber mindestens bis zu diesem Zeitpunkt im Genusse der hohen Verzinsung bleiben.

Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkte eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es bei dieser ebenso wie bei den früheren Kriegsanleihen die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten.

Neben den 5-prozentigen Schuldverschreibungen werden — gleichfalls zum Preise von 98 vom Hundert — 4-prozentige auslosbare Reichsschuldanweisungen ausgegeben, die sich von den früher gegebenen Schatzanweisungen des Reiches sehr wesentlich unterscheiden. Diese Anleihe wird auch für die Eigentümer früherer Kriegsanleihen Interesse haben, da ihnen unter gewissen Voraussetzungen Umtauschrechte eingeräumt sind, die ihnen die Möglichkeit bieten, neue Schatzanweisungen an Stelle ihrer alten Anleihen zu erwerben, ohne daß sie genötigt wären, die letzteren zum Verkauf zu stellen.

### Die 10-Uhr-Polizeistunde

Ist vom 1. März vom Polizeipräsidenten auf Grund einer Verfügung des Regierungsverpräsidenten für alle Vergnügungsorten mit Ausnahme des Stadttheaters eingeführt worden. Zwecks weiterer Einschränkung des Kohlenverbrauchs schreibt eine weitere polizeiliche Verordnung die Einschränkung der Beleuchtung von Schaufenstern vor.



**Die beste Waffe**  
im Kampfe für Aufklärung,  
Recht und Freiheit ist die  
**sozialdemokratische Presse**  
Tausende unserer Mitbürger  
in Stadt und Land können  
noch als ständige Leser der  
**Volkswacht**  
gewonnen werden. Darum  
auf, Genossen, benutzt die  
nächstfolgenden Tage zur

### Werbung von Abonnenten!



### Einmalige Feuerungs-Kriegsunterstützung.

Mit Rücksicht auf die Feuerungsverhältnisse wird auch den hilfsbedürftigen Heeresbeamten im Ruhestande und den versorgungsberechtigten Witwen von Heeresbeamten eine einmalige Kriegsunterstützung im Höchstbetrage von 100 Mark gewährt, wenn das Gesamteinkommen des Beamten weniger als 2500 Mark, das der Witwen weniger als 1200 Mark — und zwar ohne etwaiges Waisengeld — beträgt. Dasselbe gilt für pensionierte Offiziere und die gesetzliche Versorgung beziehenden Offizierswitwen, wenn die gleichen Einkommensverhältnisse vorliegen. Diese Kriegsunterstützungen sind von den Heeresbeamten bei der stellvertretenden Intendantur — am Sitz des stellvertretenden Generalkommandos —, von den Offizieren und den Offizierswitwen bei den stellvertretenden Generalkommandos zu beantragen. Die für die Anträge vorgeschriebenen Muster werden bei den Kassen vorrätig gehalten, die Pension usw. zahlen. Auch den Militärrentenempfängern und den versorgungsberechtigten Witwen von Militärpersonen der Unterlassen wird in diesen teuren Zeiten wie bisher geholfen werden. Sie haben ihre Gesuche unter kurzer Schilderung der Einkommensverhältnisse (Angabe der Rente, des Waisengeldes, der Zinsen aus Kapitalvermögen, des Ertrages aus Grundvermögen usw.) und unter Beifügung der Militärpapiere bei dem stellvertretenden Generalkommando anzubringen.

### Der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen

verhandelte am 27. Februar wieder über wichtige Ernährungsfragen. Die freiwillige Sammlung der Küchenschäfte hat sich allgemein nicht bewährt. Dagegen hat die Sammlung in Charlottenburg auf Grund einer Ortsjahung gute Ergebnisse gehabt. Dort werden die Abfälle zu Mischkraftfutter verarbeitet und bieten ein sehr vorteilhaftes Futter für Milchkühe. Ein gleiches Vorgehen soll beim hiesigen Magistrat beantragt werden. Wir hoffen, daß der Ausschuss damit mehr Erfolg hat, als wir mit unseren wiederholten Anregungen in gleicher Richtung. Zur Behebung der außerordentlichen Danziger Milchnot hatte der Ausschuss beim Regierungsverpräsidenten die Festsetzung von Erzeugerhöchstpreisen beantragt und um die vermehrte Lieferung von Milch nachgesucht. Er erhielt die Antwort, daß Erzeugerhöchstpreise baldigst für einen größeren Bezirk festgesetzt werden sollen und daß die Provinzialstelle sich bemühe, die genügende Milchmenge nach Danzig zu liefern. Wir lasen unlängst sogar in bürgerlichen Blättern, daß hier nach Feststellungen im preussischen Abgeordnetenhause Tausende Danziger Säuglinge und Greise jetzt nicht die genügende Milch erhalten können. Die Abhilfe gegen die Milchnot sollte daher mit beschleunigtem Nachdruck gefördert werden. In Uebereinstimmung mit unseren wiederholten Ausführungen hatte der Ausschuss beim Regierungsverpräsidenten die Festsetzung des vorjährigen Höchstpreises für frische Breitlinge auf 15 Pf. für das Pfund beantragt. Die Antwort verwieß darauf, daß der Höchstpreis von 40 auf 35 Pf. herabgesetzt wurde, und erklärte, daß eine weitere Herabsetzung nicht möglich sei. Zur Behebung des Kohlenmangels soll beim Magistrat zur Herbeiführung einer gleichmäßigen Verteilung die Einführung einer Kohlenkarte angeregt werden. Besonders zur Vermeidung der übermäßigen Preissteigerung für österreichische Kohle sollen Höchstpreise vorgeschlagen werden. Zum

Außenbald verbot wurde bemängelt, daß eine stärkere Zuteilung des ersparten Mehls an die Verbraucher nicht erfolgt sei. Man vertrat ferner die Ansicht, daß zu viel unrichtigartige Brotarten im Umlauf seien. Diese sollen zum größten Teil durch Entwendung in den Verkehr gekommen sein. Wenn diese Erklärung nicht auf einem Irrtum des Berichtstatters beruht, so sollte sie doch besser begründet werden. Es wurde vorgeschlagen, die Brotarten auf Grund von Listen auszugehen, die, wie es in Königsberg geschieht, durch die polizeilichen Meldungen berichtet werden. Man wendete sich ferner gegen die Höchstpreise für Bruten. Diese seien um 100 Prozent höher als die Erzeugerpreise und ermöglichten so einen ungebührlichen Zwischenverdienst. Dabei hätten die Bruten, wie andere Gemüsearten, nur den halben Nährwert der Kartoffeln. Befragt wurde auch die ungenügende Zufuhr von Kartoffeln nach Danzig. Ebenso wendete man sich gegen den hier stark verbreiteten unerlaubten Fleischhandel für 3 Mark und 3,40 Mark das Pfund. Es wäre gut gewesen, wenn die Quellen dieses Handels genauer bezeichnet worden wären. Sollte er etwa mit dem „Um-die-Ecke-bringen“ des Fleisches in Verbindung stehen, von dem Dr. Grünspan unlängst sprach?

### Schwere Kohlennot.

Dieser Winter gibt sich besonders hart. Auch die ablaufende Woche zeigte außerordentlich starke Kälte. Das Thermometer kam morgens nicht selten auf mehr als 20 Grad Kälte. Zu all den anderen Schwierigkeiten, die der Krieg geboren hat, kam für die Armen nun noch die harte Kohlennot. Bei den Mängeln der Ernährung mußte sie besonders schwer empfunden werden. Um so härter, weil es eine städtische Fürsorge auch auf diesem Gebiet leider ebenfalls nicht gibt. Der Magistrat beschränkte sich auf die Ueberprüfung der leider nicht niedrigen Preise des Vereins der Kohlenhändler. Den Kriegsfrauen wurde ein etwas mäßigerer Preis gewährt. Wie wenig dies in Wirklichkeit bedeutete, mußte der Magistrat selbst bestätigen, als er in seinen Anzeigen erklärte, daß die Preise für die Kriegerfrauen von den Händlern nicht überschritten werden durften. Die Händler konnten sonst in beliebiger Menge an große Besteller verkaufen. Vor den Höfen sammelten und sammelten sich überall große Anstimmungen armer Frauen und Männer, die etwas Kohle zu erlangen suchten. Während des bitteren Frostes standen und stehen sie halbe Nächte, um beim Verkauf nicht doch noch leer auszugehen. Welche Zustände sich entwickelten, beweist das Massenwunder in Langfuhr. Obgleich die Frage aufgeworfen werden muß, wer die dort Verletzten entschädigen wird, folgte kein städtisches Eingreifen in die Kohlenversorgung. Die städtischen Schulen mußten zunächst vom 5. bis 18. März wegen Kohlenmangels geschlossen werden. Leider mußte aber auch diesen Kälteferien wieder eine besondere Danziger Eigenart aufgedrückt werden. Die Volksschüler müssen an jedem Vormittag in den fallen Schulzimmern antreten, um ihre Arbeiten prüfen zu lassen. — Der Magistrat weiß also ganz genau, was Kohlenmangel bedeutet. Die Szenen vor den Kohlenhöfen mußten auch ihm zeigen, daß die Dinge unmöglich weiter gehen konnten. Die Leiden der Greise, Kleinen und Kranken sind nicht anzudenken. In der Preisprüfungsstelle sind vom Genossen Gehl schon mehrfach Anregungen für ein städtisches Eingreifen gemacht. Schon längst haben wir mitgeteilt, daß man sogar in Thorn Wärnestuben eingerichtet hat. In Danzig geschieht aber noch immer nichts. Was werden soll, wenn sich die Dinge so weiter entwickeln, wissen wir nicht.

### Klagen über das Brot

erstrecken sich seit längerem nicht bloß auf die ungenügende Beschaffenheit. Immer häufiger wird bemängelt, daß es nicht das richtige Gewicht hat. Zwar ist der Preis des Brotes nach dem Gewicht berechnet. Nach diesem soll es auch verkauft werden. Die meisten Käufer vertrauen indes nach alter Gewohnheit der Zuverlässigkeit der Bäcker und nehmen das Brot, wie es ihnen gegeben wird, ohne es sich vorwiegen zu lassen. Die Bäcker lassen sich selbstverständlich stets die für das Normalgewicht vorgeschriebene Bezahlung geben. Leider ist es nun nicht selten, daß Brote z. B. nicht das vorgeschriebene Gewicht von 1000 Gramm, sondern weniger haben. In den neuesten Nachrichten klagt jemand, daß er beim Nachwiegen solcher Brote feststellen mußte, daß an einem 20 Gramm und an dem zweiten sogar 55 Gramm fehlten. Er rechnet richtig aus, daß bei diesem Verlust von der Wochenmenge von 3 1/2 Broten schon 192 1/2 Gramm fehlen würden. Am letzten Tage hätte man dann nicht mehr 250 Gramm, sondern nur noch 57 1/2 Gramm zur Verfügung. Um die bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen einschneidende Benachteiligung der Käufer zu verhüten, bleibt nur die Anordnung des Verkaufes nach Gewicht. In der letzten Woche gab die Stadt für fehlende Kartoffeln schon Sauerkraut ab. So weit teilweise nach Mehl als Ersatz gewährt wurde, fiel das Weizenmehl fort, so daß die Verbraucher sich mit Roggenmehl begnügen mußten. Unter diesen Umständen ist jede Verringerung der Brotmenge unverantwortlich. Die strengste Kontrolle der Bäckereien auf die Einhaltung des Brotgewichts gebietet sich von selbst.

### Fortschrittliche Kritik.

Der Danziger Regierungsverpräsident verbreitete unlängst durch die bürgerlichen Blätter ein Flugblatt, in dem er besondere Notwendigkeit des langjamten Rauens unter der fetten Ueberschrift: Wie soll ich satt werden? betonte. Die mindestens sehr einseitigen Ausführungen des Flugblattes, das wohl einen Lieblingsgedanken des Regierungsverpräsidenten fördern sollte, erschienen allen denen befremdlich, die an die schwere Milchnot dachten und von Regierungsverpräsidenten Herabsetzung des unverantwortlich hohen Höchstpreises der Breitlinge wünschten. Es ist eben selbstverständlich, daß man zuerst etwas zum Essen haben muß, wenn man langsam fauen soll. Die Ermäßigung des Preises der Breitlinge, dieses wichtigen Nahrungsmittels, von 30 Pfennig auf den vorjährigen Stand von 15 Pfennig hat der Regierungsverpräsident inzwischen leider abgelehnt.

Sein Flugblatt ist bei den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über Ernährungsfragen am 6. März auch zur Sprache gekommen. Und zwar war es der fortschrittliche



ung, die im Reichstage vor sich ging. Auf ausgezeichnetes Material gestützt, beleuchtete seine wichtige Anklage die unheimlichen Verbrechen der verblühten Missethäter, der Kriegsgewalt und Friedens-Scharfmacher. Der Reichstag nahm die Rede mit größter Teilnahme entgegen. Betreten sah nur die Gruppe um Westarp da. Graf Westarp versuchte eine Erwiderung. Es geht aber nicht aus, wenn man mit einigen Witzigen aus einer unangenehmen Klemme herauskommen will. Nachdem der Reichstag den überlebenden Topf der alldeutschen und scharfgeschnittenen Gattliche bei Abton gelüftet war, zersplitterte zunächst die Debatte in der Besprechung einer Reihe von Einzelangelegenheiten. Dann versuchte sich der Abg. heute von der Soz. Arbeiterpartei in einer Polemik gegen unsere Fraktion. Zu den vielen alten Vorwürfen gegen seine früheren Fraktionsgenossen gesellte er den neuen, daß sie den Bruch mit Amerika verschuldet hätten. Es ist eben nichts so sinnlos, das nicht sein Substrat fände. Nach einer Rede des Schatzsekretärs gegen die Steuerkritik des Genossen K e i l und einer kleinen Paritätsbesprechung schloß sich die Debatte zum Schluß noch einmal zu einer Erörterung der Frage der Gesetze zusammen. Die Regierung griff mehrfach ein, unterstützte auch von Herrn Behrens, der gegen seinen Parteifreund Arendt zu Felde ziehen mußte. Dann war das Ende erreicht.

### Graf Zeppelin gestorben

Berlin, 8. März. Graf Zeppelin ist heute vormittag um 12 Uhr im West-Sanatorium zu Charlottenburg einer Lungenerkrankung erlegen. W. S. S.

### Wahlrechtsdebatte im Hauptausschuß des Reichstags

Aus der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags vom Sonnabend ist noch nachzutragen, daß dem Titel Reichskanzler und Reichskanzler Genosse Dr. David auf den § 5 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 1. Mai 1899 hinwies. Nach welchem in jedem Bundesstaat auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahlen, welche den Wahlen zum verfassungsgebenden Reichstag zu Grunde gelegen haben, ein Abgeordneter gewählt werden soll. Hiernach ist auch jetzt noch die Zahl der Abgeordneten für jeden Kreis bestimmt. Da aber inzwischen in den industriellen Bezirken die Bevölkerung sehr stark zugenommen hat, ist die jetzige Verteilung der Reichstagsmandate auf die einzelnen Bezirke eine schwere Ungerechtigkeit für die industriellen Bezirke und deren Bevölkerung. Es sei daher dringend nötig, endlich eine gleichmäßige Verteilung nach dem jetzigen Stand der Bevölkerung durchzuführen, was auch in der Verfassung ausdrücklich vorgeschrieben ist. Unter keinen Umständen dürfe auch nach dem Kriege die alte Ungerechtigkeit bestehen bleiben.

Abg. Gathein (F. P.) schloß sich diesen Ausführungen an. In den stark bevölkerten gemischtsprachlichen Gebieten könnte bei der Vermehrung der Mandate die Verhältniswahl durchgeführt werden. Dadurch würden die Kämpfe zwischen den verschiedenen Nationalitäten bedeutend abgeschwächt werden.

Abg. Ledebour: Wenn durchschnittlich auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter kommen würde, würde die Zahl der Abgeordneten zu groß werden. Daher wäre es das Beste, wenn man eine bestimmte Zahl von Abgeordneten festlegte, etwa 400, und diese Mandate auf die einzelnen Bezirke gleichmäßig verteilen würde. Die Verteilung müsse dann in gewissen Zeiträumen von neuem auf Grund der veränderten Bevölkerungszahlen vorgenommen werden. Die Verhältniswahl sei allerdings zu empfehlen, aber nicht nur für einzelne Bezirke, sondern für das ganze Reich.

Abg. David (Soz.) schloß sich ebenfalls der Forderung nach Einführung der Verhältniswahl an. Wenn nicht sofort alle Mängel beseitigt werden könnten, müßte doch wenigstens damit vorgegangen werden, die schweren Benachteiligungen der industriellen Bevölkerung in bezug auf die Verteilung im Reichstag endlich zu beseitigen. Es handelt sich nicht um eine akademische Erörterung, sondern die Sozialdemokratische Fraktion werde die Angelegenheit bereits in den nächsten Tagen weiter verfolgen.

### Pluralwahlrecht für Preußen.

Der Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Jellich, macht im „Tag“ die Mitteilung, daß der preussische Minister des Innern mit den Parteien, die auf dem Boden des Mehrstimmenrechtes stehen, die kommende Wahlreform besprochen hat. Man wird also annehmen dürfen, daß man in maßgebenden Kreisen entschlossen ist, die Pluralwahl durch ein Pluralwahlrecht zu ersetzen, mit direkter und beherrschender Stimmabgabe. Darüber ist natürlich kein Wort zu verlieren, daß den Massen des preussischen Volkes eine Wahlreform nicht verweigert werden kann, die letzten Endes nur neue Klassen von Bevorteilten schafft.

### Deutscher Städteitag gegen die Verkehrssteuer.

Der Vorstand des Deutschen Städteitages hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der dringend gebeten wird, den Straßenbahnverkehr und sonstigen Verkehr innerhalb einheitlicher Siedlungsgebiete (Omnibusse, Hoch- und Untergrundbahnen) nicht der Verkehrssteuer zu unterwerfen. Diese geplante Besteuerung stelle eine Vorbelastung der Bewohner der größeren Verkehrsgebiete dar. Die Bewohner der größeren Siedlungseinheiten sind genötigt, im regelmäßigen täglichen Leben die Straßenbahnen immer wieder zu benutzen. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch der kleine Mittelstand müsse unter dieser Besteuerung sehr leiden. Ueberdies würden die Bestrebungen nach breiterer Wohn- und Siedlungsweise, die jetzt von so vielen Stellen unter lebhaftem Beifall der Reichs- und Staatsregierung geteilt werden, auf das schwerste geschädigt, wenn der Binnenvorkehr mit einer Steuer belastet würde.

### Sozialdemokratischer Fideikommissantrag.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Initiativantrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Geschenkvertrag seine Zustimmung zu geben:

#### Einziger Paragraph:

Die Begründung und Ausdehnung von Fideikommissen und Stammgütern ist bis zur Wiederaufhebung dieses Gesetzes, die nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Krieges stattfinden darf, unterlagert.

Die verteilte, bereitet die Fortschrittliche Volkspartei einen ähnlichen Antrag vor.

### Das polnische Problem

Die Schaffung des Königreichs Polen scheint nach keiner Seite hin auch nur ein'ermäßig voll befriedigt zu haben. Ueber die Vorgänge in dem neuen Staat ist wenig bekannt; was aber in die Öffentlichkeit durchsickert, ist nicht gerade recht erfreulich. Die Polen sind mit der Gestaltung der Dinge nicht zufrieden, die polnische Industrie insbesondere fürchtet, den russischen Markt zu verlieren, ohne im Westen Ersatz dafür finden zu können. Der polnische Bourgeoisie behagt die deutsche Ordnung anscheinend ganz und gar nicht, sie fühlt sich unter dem russischen System, unter dem mit Geld alles zu erreichen war, eigentlich ganz wohl. Auf der anderen Seite stehen die deutschen Nationalisten, die von einer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der preussischen Polen — einer selbstverständlichen Konsequenz der Befreiung Russisch-Polens — nichts wissen wollen. Alles das hat dazu geführt, daß ganz allgemein ein recht beachtlicher Pessimismus platzgegriffen hat.

Dieser Empfindung gibt auch der Genosse a. D. Kaschbau Ausdruck, indem er im „Tag“ auseinandersetzt, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung Kongresspolens Rußland zuneige und die bisherige Herrschaft einer Anlehnung an Deutschland oder Oesterreich-Ungarn vorziehe. Auch heute gäbe es noch genug polnische Politiker, die den russischen Sieg wünschten. Die furchtbaren Leiden, die das Potential unter der Herrschaft der Russen seit hundert Jahren zu ertragen hatte, seien von der großen Masse vergessen oder ihr sogar unbekannt geblieben, während es der russischen Zensur andererseits gelungen sei, den russischen Polen einen Begriff von den bei uns angeblich herrschenden Bedrückungen ihrer Landsleute zu geben. So sei es leicht erklärlich, daß selbst die Angehörigen der gebildeten Stände Polens vor einem russischen Siege kein Frösteln empfinden, weil sie daraus eine auf andere Weise unmögliche Vereinigung der verschiedenen Teile ihres einstigen Vaterlandes erhoffen. Ist diese Einigung erreicht, so glauben sie, eine so starke Macht in Rußland selbst bilden zu können, daß eine weitgehende Selbstverwaltung ihnen nicht verweigert werden könne, und der weitere Gang der Geschichte werde sie schließlich auch dem letzten Ziele näherführen.

### Um Flämens Selbständigkeit

Der Reichskanzler empfing am 3. März eine Abordnung des Rates für Flandern, der am 4. Februar 1917 in einer Versammlung aller aktiven flämischen Gruppen gewählt worden war. Die Abordnung überbrachte die Beschlüsse und Wünsche des Rates für Flandern, die dieser allen kriegsführenden und neutralen Staaten durch seinen Aufruf vom 4. Februar 1917 zur Kenntnis gebracht hatte. Der Sprecher der Abordnung trug das flämische aktivistische Programm einer inneren Autonomie Flandern auf der Grundlage der niederländischen Sprache und Kultur vor. Er erinnerte an die Rede des Reichskanzlers vom 5. April 1916, an die bisherigen bankrottenswerten Maßnahmen des Generalgouverneurs und bat um die weitere Durchführung dieser auf der Grundlage der internationalen Rechtsbestimmungen getroffenen Maßnahmen.

Der Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, den Wünschen der Flamen nach Möglichkeit entgegenzukommen. Die Sprachgrenze müsse sobald als möglich zur Grenzscheide zweier unter dem Befehl des Herrn Generalgouverneurs geeinter, aber sonst getrennter Verwaltungsgebiete werden. Das Deutsche Reich werde bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen könne, die freie Entwicklung des flämischen Stammes zu fördern und sicherzustellen.

Die geplanten Maßnahmen sind natürlich nur vorläufige. Soweit sie eine kulturelle Autonomie sichern helfen, können sie den Flamen dauernden Nutzen bringen. Die endgültige Lösung der inneren Verhältnisse Belgiens nach dem Kriege wird ein Angelegenheit Belgiens selbst sein.

### Wie geriet Sir Robert Casement in englische Gefangenschaft?

In einigen Zeitungen ist behauptet worden, der bisherige amerikanische Gesandte in Berlin, Gerard, habe über den Plan Casements, in Irland zu landen, nach London berichtet und so den irischen Patrioten an den Galgen geliefert. Aber der von Wilson abgelehnte frühere amerikanische Generalkonsul Gaffney, ein naher Freund des hingerichteten Sir Roger Casement, verteidigt in einer Zeitschrift an die „Münchener Neuesten Nachrichten“ den Botschafter Gerard gegen den Vorwurf, daß Casement durch ihn verraten worden sei. Der Landungsplan Casements sei zur Kenntnis der englischen Regierung durch einen bedauerlichen Zufall gekommen, der sich außerhalb Deutschlands zugegetragen habe. Weiteres dürfe zurzeit nicht mitgeteilt werden.

Die Erklärung Gaffneys ist, der „Mün. Ztg.“ zufolge, zutreffend. Der Landungsplan Casements ist in Newyork von der amerikanischen Geheimpolizei bei der Durchsichtung der Papiere v. Irgens gefunden worden. Die amerikanische Regierung hat ihn dann zur Kenntnis der englischen Regierung gebracht als „Beleg einer Verschwörung, die auf amerikanischem Boden gegen die Regierung eines befreundeten Staates geschmiedet worden sei“. Die Schuld an Tode Casements trifft also nicht den Botschafter Gerard, sondern die Regierung des Herrn Wilson.

### Streikbewegung in Petersburg.

„Nowoje Wremja“ zufolge gab der Kommandant des Petersburger Militärbezirks bekannt, er habe in Erfahrung gebracht, daß die Arbeiterverbände eine große regierungsfeindliche Kundgebung vor dem Dumasgebäude planten. Er warnt deshalb vor Handlungen,

die verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen könnten. Personen, die sich fälschlich als Dumasmitglieder ausgaben, suchten die Arbeiter zum Aufruf aufzustacheln und hätten diesen sogar Waffen geliefert.

In allen Mauern Petersburg wird vor Streiks wie vor politischen Kundgebungen gewarnt und mit den Kriegesgesetzen gedroht.

### Das Los der nach Sibirien Verbannten.

Aus russischen Kreisen wird uns geschrieben: Die Zahl der nach Sibirien Verbannten ist Legion. Der vereiste Norden dieses Landes ist zum Treffpunkt aller Nationalitäten Auklands geworden. Tausende von Fremdstämmen mußten zu Fuß den weiten Weg in die sibirischen Einöden wandern, um dort ein jammervolles, elendes Leben zu führen. Wahlos und rücksichtslos hat die russische Regierung seit Ausbruch des Krieges ihre nicht-russischen Untertanen in jene vergessenen Gebiete verbannt und sie dort dem Untergange geweiht. Es handelt sich um kaum bewohnte Landstriche im hohen Norden Sibiriens, wo die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse nur möglich ist bei einem engen gegenseitigen Zusammenstoß der Verbannten. Der einzelne ist seinem Schicksal rettungslos preisgegeben, da sein Zwangswohnoert oft 1000 und mehr Kilometer von den Eisenbahnen entfernt liegt, und ihn im besten Falle alle zwei bis drei Monate einmal die Post erreicht. Naturgemäß hat der Kampf ums Dasein die Verbannten gezwungen, sich auf genossenschaftlicher Grundlage zusammenzutun, doch hier hat wieder in brutalster Weise die Regierungsgewalt eingegriffen. So hat die Administration des Gouvernements Tomsk den Verbannten des im Norden gelegenen Turuchangebiets verboten, als Mitglieder in Genossenschaften einzutreten („Rletsch“ Nr. 13, 1917). Damit ist bewußt ein weiterer Schritt zum Untergange der Verbannten getan.

### Die Nahrungsmittelschwierigkeiten werden fühlbarer.

In der „Wost. Ztg.“ werden die Seesperrwirkungen auf England behandelt. Bei normalem Verbrauch würden die vorhandenen Kartoffellager in London in sechs bis sieben Wochen erschöpft sein. In einer am Sonnabend von der Arbeiterinnenliga abgehaltenen Frauenversammlung wurde über die vorgeschlagenen freiwilligen Nahrungsmittelschränkungen debattiert. Die Frauen sprachen die Warnung aus, vernünftig und gerecht zu verteilen, sonst könnten Unruhen unter den Arbeiterinnen entstehen.

Im Unterhause erklärte Bathurst, daß die Kommission Lord Devonports die Untersuchung über die obligatorische Rationierung beendete.

Im Oberhause wurde die Landarbeiterfrage erörtert. Lord Selbourne sagte, die Landwirte seien durch Mangel an Arbeitskräften zur Verweigerung gezwungen. Lord Derby teilte mit, daß er jetzt erfahrene Landwirte in der Armee ausfindig zu machen suche, um sie zu beurlauben.

Der Nationalrat der französischen Sozialistischen Partei nahm, nach einer Meldung der „Agence Havas“, mit 1549 gegen 1389 Stimmen bei 34 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung an, welche die Tagesordnung der Konferenz der alliierten Länder, ohne Veränderungen vorzunehmen, annahm. Die Minderheit schlug vor, eine Aenderung dahin vorzunehmen, daß die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen empfohlen werde. In einer Nachsitzung nahm man den Vorschlag des Professors an der Genfer Universität Milhaud an, den ausführenden Ausschuß des Internationalen sozialistischen Bureaus zu beauftragen, alle Abteilungen bei den Kriegführenden und den Neutralen aufzufordern, Berichte über ihre Tätigkeit vor dem Kriege und während des Krieges sowie hinsichtlich der Botschaft Wilsons einzuschicken. Die Mehrheit überreichte eine lange Entschliessung, welche die Auffassung der Konferenz von Zimmerwald und Kienthal zurückweist. Die Entschliessung wurde von Rednern der Zimmerwaldischen Richtung lebhaft bekämpft. Der Antrag der Mehrheit wurde schließlich angenommen und die Sitzung darauf geschlossen.

Wie Honorer Blätter melden, kam es kurz vor Schluß der Sitzung des Nationalrates der sozialistischen Partei zu heftigen Kämpfen.



**„Unsere Marine“**  
Zigaretten  
3 Pf.

einschliesslich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung  
behalfen unsere  
Zigaretten ihre alten  
angekanntes Qualität.

Georg A. Jasmaiz  
Aktiengesellschaft

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.  
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H. Königsberg i. Pr.

**Notizbücher,** Kartenbriefe • Feldpostkarten  
Briefpapier • Tintenstifte  
und andere Schreibutensilien kaufen Sie sehr vorteilhaft in der  
**Buchhandlung Volkswacht,** Danzig,  
Paradiesgasse 32

